Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Sailer, Verlagsleiter: Rudolph Gochner.
Stellvertretende Chefredakteure: Fred Hanneß, Josef Ollig. Chefs vom Dienst: Rudolf Brüning, Manfred Schwarz. Chefreporter: Wolfgang Fricke. Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Gensker, Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Lokales: Wolfgang Schmidt. Stadtteile: Walter Künkler. Sport: v. Z. Wolfgang Fricke. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Sellw. Wirtschaft: Dr. I. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Loech. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Dasch. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen der Verfasser gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Bilderstürmer

Vorbestraft — ein folgenschweres Wort. Und die fünf jungen Menschen, die gestern im Zusammenhang mit dem ein Jahr zurückliegenden ersten „Attentatsversuch" auf das Wißmann-Denkmal zu je 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurden, wissen vielleicht noch gar nicht richtig, was sie sich damit eingebrockt haben. Aber sie werden es vermutlich noch oft genug zu spüren bekommen. Sie haben ihre Strafe weg, mag mancher sagen. Aber man kann kaum Genugtuung darüber empfinden. Eher schon Mitleid, denn diese jungen Leute haben bei ihrer Bilderstürmerei offensichtlich nur konfuse Vorstellungen von dem gehabt, was sie eigentlich wollten und taten.

Es ist mehr als töricht, wenn man seinen Zorn über den „Kolonialismus", der in unserer heutigen Welt meist in sublimierter, aber deshalb nicht weniger angreifbarer Form existiert, an einem Denkmal des deutschen Afrikaforschers Hermann von Wißmann ausläßt, der von 1853—1905 lebte. Möglicherweise wird demnächst jemand irgendwo ein Denkmal Hermann des Cheruskers stürzen, weil er gegen den Militarismus ist. Historisches Denken, für das ein gewisses Maß an Sachwissen unerläßlich bleibt, scheint nicht gerade die Stärke der „Rebellen" unter unserer jungen Intelligenz zu sein. Man lebt der Einfachheit halber — auf einem Auge blind — einseitig der Zukunft zugewandt, über die man frei phantasieren kann. Kein Wunder, daß es zu so grotesken Stilblüten politisch gemeinten Handelns kommt.

Man kann nicht mit der Vergangenheit rechten, ohne die historischen Tatsachen, Zusammenhänge und Bedingtheiten zu kennen und zu begreifen. Man kann sie nicht bewältigen, indem man ihre Denkmäler stürzt. Und noch viel weniger kann man sich auf diese Weise mit der politischen Gegenwart auseinandersetzen. Das alles ist so einfältig, daß man zunächst nicht glauben mochte, es handele sich hier um eine ernstgemeinte, wenn auch „symbolische" Aktion „im Kampf gegen den Kolonialismus", wie einer der Angeklagten sagte. Vielmehr hoffte man im stillen auf einen etwas starken Studentenulk. Aber man wurde enttäuscht: Es war tatsächlich ernst gemeint.

Was dabei herausgekommen ist, ist für die Betroffenen traurig genug: Nicht die Glorienschein einer revolutionären Tat, der mit der Strafe versöhnt, nicht der Nimbus politischen Verfolgtseins, der die Überzeugung stärkt, sondern eine ganz ordinäre Vorstrafe wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs. Daß es so kommen mußte und daß sich das nicht lohnt, sollten intelligente junge Menschen eigentlich wissen.

Aber auch für die anderen Beteiligten ist die ganze Affäre nicht gerade ein Ruhmesblatt. Daß beispielsweise diejenigen, die das „Attentat" nur versuchten, bestraft wurden, während gegen diejenigen, die es ein Jahr später tatsächlich ausführten und das Denkmal stürzten, nicht einmal Strafantrag gestellt wurde, dürfte nicht nur den jetzt Verurteilten fragwürdig erscheinen. Und daß der Verteidiger sich mit den Angeklagten solidarisch erklärte, als sie unter Bruch des verpfändeten Wortes nicht vor Gericht erschienen, wirft ein mehr als seltsames Licht auf das Berufsethos eines Rechtsanwalts.

Das gestürzte Denkmal ist nun, nachdem es einige Zeit zur allgemeinen Belustigung in der Mensa stand (auch das ist ein Vorgang, der zu vielen Fragen Anlaß gibt), in einem Materialdepot gelandet. Angeblich soll es später wieder auf dem Universitätsgelände aufgestellt werden. Aber es ist anzunehmen, daß sich niemand mehr sonderlich dafür erwärmen wird nach all diesen Vorgängen und in einer Zeit, die für historische Erinnerungen und Tradition leider kaum noch einen Sinn hat. hoe.

„Moskau will Bonn isolieren"

Blumenfeld-Plan wird diskutiert / NATO-Woche in Brüssel

Eigener Bericht - SAD - ap

Brüssel, 12. November

Die große Brüsseler „NATO-Woche" eröffnete gestern der Generalsekretär des Nordatlantik-Pakts, Brosio, mit einer Rede vor 200 Parlamentariern aus 14 Mitgliedstaaten des Bündnisses. Brosio wurde ausdrücklich die Sowjetunion davor, die Freiheit Berlins anzutasten und beschuldigte Moskau des Versuches, die Bundesrepublik „durch alle Arten von Pressionen" von ihren Verbündeten zu isolieren.

„Nach sowjetischer Auffassung bedeutet friedliche Koexistenz das Recht Moskaus, sich in die Angelegenheiten der freien Gesellschaften westlicher Länder einzumischen, aber gleichzeitig die kommunistische Welt völlig gegen legitime westliche Einflüsse abzuschirmen", sagte Brosio.

Brosio warf dem Kreml vor, durch den Überfall auf die CSSR eine Atmosphäre der „Unstabilität und der tiefen Unsicherheit" in Europa geschaffen zu haben. Die NATO müsse durch vernünftige und feste Maßnahmen „ohne Panik und ohne Wettrüsten" antworten.

Im Mittelpunkt der Ausschußberatungen der NATO-Parlamentarier steht der Plan des CDU-Bundestagsabgeordneten Erik Blumenfeld, eine Art europäische Verteidigungsgemeinschaft innerhalb der NATO zu bilden. Blumenfeld schlug vor, die Regierungschefs Großbritanniens, der EWG-Staaten, Norwegens und Dänemarks sollten auf einer Gipfelkonferenz dieses Projekt erörtern.

Der Blumenfeld-Plan wird von britischer Seite lebhaft befürwortet. Auch Brosio bezeichnete diesen Versuch, die Stagnation in der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen europäischen Staaten von der militärpolitischen Seite zu überwinden, als eine Möglichkeit zur Stärkung und Anregung der Verteidigungsbereitschaft.

Hinter den Kulissen der NATO-Ministerratstagung, die morgen mit dem traditionellen „Deutschland-Essen" beginnt, wird die Möglichkeit, eine Art europäische Rüstungsbehörde zu schaffen — einen europäischen Kern innerhalb der NATO ohne Frontstellung gegenüber den USA —, auf höchster Ebene sondiert werden. Die Bundesregierung steht diesen Plänen zurückhaltend gegenüber, weil sie keine neuerlichen Spannungen mit Frankreich riskieren will, das eine ablehnende Haltung einnimmt.

Offizielles Hauptthema der Ministerratstagung ist die sowjetische CSSR-Invasion. Die meisten Verteidigungsminister scheinen der Ansicht zu sein, daß sich die effektive Gefahr für Europa nicht vergrößert hat, daß das Bündnis jedoch gewisse taktische Konsequenzen ziehen müsse.

Darunter fallen nach Ansicht politischer Beobachter eventuelle Änderungen des Frühwarnsystems und eine Überprüfung und Verbesserung der Alarmeinrichtungen. Für die Bundeswehr könnte zu den Konsequenzen die Erhöhung der Präsenzstärke gehören, also die stärkere Heranziehung von Reservisten.

Brosio spricht in Brüssel

Todesurteil in Athen gefordert

Leutnant Alexandros Panagoulis (links), der ein mißglücktes Sprengstoffattentat auf den Chef der griechischen Militärjunta, Ministerpräsident Papadopoulos, verübte, spricht mit seinem Verteidiger im Athener Militärgericht. Der Ankläger hatte gestern das Todesurteil gefordert. Der Attentäter sagte in seinem Schlußwort: Ein Todesurteil werde „eine moralische Rechtfertigung meines Kampfes gegen das gegenwärtige Regime in Griechenland" sein.

Schröder will um die Lübke-Nachfolge kämpfen

Bundeskanzler Kiesinger legte sich noch nicht fest

Von unserer Bonner Redaktion

wst. **Bonn, 12. November**

Bundesverteidigungsminister Schröder will um die Lübke-Nachfolge kämpfen. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird er am kommenden Freitag, wenn das von Generalsekretär Heck einberufene Wahlmännergremium zur Nominierung des CDU-Kandidaten zusammentritt, die Nato-Ministerrats-Sitzung in Brüssel für kurze Zeit verlassen, um in Bonn anwesend zu sein.

Trotzdem glaubt man in führenden CDU-Kreisen nicht, daß es am Freitag zu einem Duell zwischen Schröder und Kiesinger kommen wird. Kiesinger hat zwar erkennen lassen, daß er den Kirchentagspräsidenten Richard von Weizsäcker bevorzugt; er hat sich aber nicht auf ihn festgelegt. Wenn Kiesinger in der Sitzung des Wahlgremiums sehen sollte, daß sich die Waagschale zugunsten von Schröder neigt, dann dürfte er es wahrscheinlich nicht auf eine Kraftprobe ankommen lassen und Schröder ebenfalls akzeptieren.

Bei der CDU heißt es, das Rennen zwischen Schröder und Weizsäcker sei immer noch offen, zumal das Auftreten Weizsäckers auf dem Berliner CDU-Parteitag allgemein enttäuscht habe.

Entscheidend für den Ausgang der Präsidentenwahl wird die Haltung der FDP sein. Der FDP-Vorsitzende Walter Scheel gab gestern bekannt, daß die seiner Partei angehörenden Mitglieder der Bundesversammlung zu einer Vorabstimmung nach Bonn einberufen werden sollen. Anschließend wird die FDP — ebenfalls noch vor Zusammentritt der Bundesversammlung — bekanntgeben, wem sie geschlossen ihre Stimmen geben wird.

Theoretisch würde das bedeuten, daß die FDP schon vor Zusammentritt der Bundesversammlung bekanntgeben kann, wer nächster Bundespräsident wird. In informierten Kreisen meint man aber, dies sei doch eine Milchmädchenrechnung. Denn: die Abstimmung ist geheim! Niemand könne also kontrollieren, wie der einzelne Wahlmann abstimme. Mit Sicherheit werde es zum Beispiel CDU-Wahlmänner geben, die gegen den CDU-Kandidaten, und SPD-Wahlmänner, die gegen Heinemann stimmen.

Geht Pauls nach Washington?

Fortsetzung von Seite 1

perte, wird als Außenseiter für die Knappstein-Nachfolge genannt.

● Klaus Schütz, der Regierende Berliner Bürgermeister, hat Berichte über angebliche Ambitionen auf den Botschafterposten energisch dementiert.

Übereinstimmung herrscht in Bonn, daß die Washingtoner Botschaft mit einem erstklassigen Mann besetzt werden muß. Da jetzt schwierige Diskussionen über die künftigen Beziehungen zwischen den USA und Europa, insbesondere über die NATO, aber auch über Berlin und die Stationierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik bevorstehen, soll die Spitzenposition der deutschen Diplomatie zu ihrem wirklichen Rang aufgewertet werden.

Schon der Knappstein-Vorgänger Wilhelm Grewe (neute bei der NATO) fand wenig Kontakt zu Präsident Kennedy und dessen Administration. Knappstein selbst hat in den vergangenen Jahren selten ein Hehl daraus gemacht, daß er sich in Washington in der Amtszeit von Lyndon Johnson nicht wohl fühlte. Darüber hinaus kam es zwischen dem Auswärtigen Amt und Knappstein wiederholt zu Vertrauenskrisen.

Im Auswärtigen Amt in Bonn muß man sich neben der Besetzung der Washingtoner Botschaft auch bald klar werden über die Nachfolger der Botschafter Dieter Sattler (am Wochenende gestorben) beim Vatikan und Peter Blachstein in Belgrad, der nach nur kurzer Amtszeit aus Gesundheitsgründen Jugoslawien wieder verlassen wird. Während für Sattler wahrscheinlich wieder eine „repräsentative Figur" nach Rom geht, will Außenminister Brandt zu Tito wieder einen „Mann seines Vertrauens" schicken.

Angriffe gegen Bonn

Von unserem Korrespondenten

G. B. **Warschau, 12. November**

Im Warschauer Kulturpalast, dem Tagungsort des 5. Parteitages der polnischen KP, wird heute morgen der sowjetische Parteichef Breschnew zu den Delegierten sprechen. Am Nachmittag will SED-Chef Ulbricht das Wort ergreifen. Man erwartet von beiden Parteiführern wiederum heftige Angriffe gegen die Bundesrepublik.

Bereits gestern bestätigte der polnische KP-Chef Gomulka der westlichen Welt in alter Form, daß sie von einer ihrer politischen Lieblingsideen Abschied nehmen muß. Die Politik des „Wandels durch Annäherung" wurde von ihm feierlich in Acht und Bann getan. Die kommunistische Antwort auf die westliche Annäherungs- und Entspannungspolitik soll lauten: Noch stärkere Abschnürung von der westlichen Welt und ihren Ideen, ein scharfer Trennungsstrich, der sogar für die kommunistischen Parteien im Westen gilt.

Optimismus überwiegt

Deutsche Presse-Agentur

Bonn, 12. November

Die Einwohner der Bundesrepublik beurteilen die wirtschaftliche Entwicklung wieder optimistisch.

Rund die Hälfte der Bevölkerung (48 Prozent) sieht die wirtschaftlichen Verhältnisse in einem günstigeren Licht als vor einem Jahr, 43 Prozent halten sie für unverändert und nur sechs glauben, eine Verschlechterung wahrgenommen zu haben. Das ergab eine Untersuchung des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften in Bad Godesberg.

Die Meinung der anderen

Parteichef Gomulka ganz auf Moskau-Kurs

Der Parteitag in Warschau und die Vorgänge in Prag lenken das Interesse wieder sehr stark auf den Ostblock hin.

THE TIMES

Über die Rolle des polnischen Parteichefs Gomulka auf dem 5. Parteitag der polnischen KP schreibt heute morgen die unabhängige Londoner „Times":

„Gomulka hat wahrscheinlich seine frühere liberale Haltung jetzt ganz aufgegeben und ist jetzt völlig bereit, den Diktaten der Sowjets zu folgen, wie es früher die Untergebenen Stalins in Osteuropa waren. Ist er es jedoch nicht oder wenn die Sowjets argwöhnen, daß er es nicht ist, werden sie leicht einen Ersatz für ihn finden ... Vor zwölf Jahren wurde Gomulka Erster Sekretär der polnischen kommunistischen Partei auf einer großen Welle des Patriotismus ... Ganz Polen glaubte, er werde das Land vom Stalinismus wegführen und einen gewissen Grad von politischer Freiheit und menschlicher Würde wiederherstellen. Zur gleichen Zeit sollte das Bündnis mit Rußland erhalten bleiben. Die Hoffnung auf Gomulka war viel größer als heute die Hoffnungen der Tschechoslowaken auf Dubcek ... Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei werden sogar die Polen zögern, sich gegen ihre Regierung zu erheben."

Die Presse

Zum gleichen Thema schreibt die unabhängige Wiener Zeitung „Die Presse":

„So bietet sich heute in einem der moskautreuesten Länder, in Polen, eine von Machtkämpfen und innerer Zerklüftung erschütterte Partei, deren Führung bei dem heute beginnenden 5. Parteikongreß alles daransetzen will, um die Reihen wieder zu schließen und sich selbst unangefochten zu behaupten. Wieweit ihr dies indes gelingen wird, ist eine Frage, die noch offen steht. Die neue Zusammensetzung des Politbüros und des ZK wird zweifellos viel über die innere Situation der polnischen KP verraten und zeigen, ob den zukünftigen Weg der Partei und damit Polens Stand im Ostblock weiterhin Gomulka, der nominell jedenfalls Parteichef bleiben wird, oder die nationalistischen Jungtürken unter Moczar, die unverkennbar zur Macht drängen, bestimmen werden. Die Entfernung von Adam Scheff, einer der Köpfe der Partei, spricht selbst wenn es als Bauernopfer gemeint ist, eher für letzteres."

Oberhausen zieht Angebot an Mende zurück

Associated Press - upl

Oberhausen, 12. November

Der Kreisverband Oberhausen der FDP hat sein Angebot an den ehemaligen Parteivorsitzenden Dr. Erich Mende, für die Bundestagswahl 1969 in Oberhausen zu kandidieren, zurückgezogen.

Der Kreisverband, der verärgert ist, weil Mende sich nicht klar entschieden konnte, wählte einstimmig den 47jährigen Ortsvorsitzenden Dr. Heinz Barge zum Kandidaten. Dr. Barge teilte mit, Mende habe ein Angebot des Landesvorsitzenden Willi Weyer erhalten, im Wahlkreis Aachen-Land zu kandidieren.

Untersuchungsausschuß wird eingesetzt

Deutsche Presse-Agentur - upl

Bonn, 12. November

Der von der SPD beantragte parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Wirksamkeit deutscher Spionage-Abwehrorganisationen soll morgen vormittag gebildet werden. Das hat gestern der Ältestenrat des Bundestages beschlossen.

Wie Sprecher der drei im Bundestag vertretenen Fraktionen mitteilten, wird der Ausschuß hauptsächlich die Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane in der Bundesrepublik überprüfen. Er soll mit je zwei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie mit einem Abgeordneten der FDP besetzt werden.

BUNTE WELT

Detonation durch Frost

Die ersten Bodenfröste dieses Herbstes haben an der hessisch-thüringischen Zonengrenze zahlreiche Minendetonationen verursacht. Die Posten des Zollgrenzdienstes registrierten in drei Nächten 102 Explosionen.

Pollak beigesetzt

Auf dem Bonner Südfriedhof wurde gestern der kürzlich verstorbene langjährige Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Alfred Pollak, beigesetzt. Auch der stellvertretende DDR-Minister für Außenwirtschaft, Heinz Behrendt, ließ einen Kranz niederlegen.

Rademacher bleibt

Der Hamburger FDP-Landesvorsitzende Rademacher ist vom Präsidium der Freien Demokratischen Partei erneut als Vorsitzender des FDP-Verkehrsausschusses für unbestimmte Zeit bestätigt worden. Er hat dieses Amt seit der Bildung des Ausschusses 1949 inne.

Düsseldorf geht voran

Das nordrhein-westfälische Kabinett verabschiedet heute eine Vorlage über die Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf 18 und des passiven Wahlalters auf 21 Jahre. Im Landtag braucht das verfassungsändernde Gesetz eine Zweidrittel-Mehrheit.

„Ritter" Höcherl

Bundesernährungsminister Höcherl ist vom Elfer-Rat des Aachener Karnevalsvereins zum neuen Ritter

Orden für Höcherl

des Ordens wider den tierischen Ernst erkoren worden. Höcherl wird zur Ordensverleihung am 1. Februar nach Aachen kommen.

Generalbevollmächtigter

Die Bundesregierung hat den Sonderbotschafter Dr. Schmidt-Horix zum Generalbevollmächtigten für die deutsche Palästina-Flüchtlingshilfe ernannt. Er übernimmt die Aufgabe Botschafter Bökers, der kürzlich zum deutschen Beobachter bei der UNO ernannt wurde.

diy VERBRAUCHERMARKT FÜR ALLES ZUM SELBERMACHEN
Do-it-yourself-Zentrum — Verbrauchermarkt
Hamburg 6, Lagerstr. 7 (beim Fernsehturm)

McNamara bei Kossygin

Weltbankpräsident McNamara hatte gestern in Moskau ein langes Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin. Die Themen wurden nicht mitgeteilt. McNamara war früher US-Verteidigungsminister.

50 Jahre Republik Österreich

Österreich feiert heute den 50. Jahrestag der Proklamation der Republik. In einer Regierungserklärung von Bundespräsident Jonas heißt es: „In Freiheit leben zu können, ist das höchste Gut".

Militärgespräche in Madrid

US-Luftwaffenminister Brown und sein spanischer Kollege General Lacalle verhandeln in Madrid über die amerikanischen Militärbasen in Spanien. Der Stützpunktvertrag läuft bei Jahresende aus.

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstelle: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5, Telegr.: Abendblatt. Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 098. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. 1911475. Bonner Red.: An der Heuseallee 2-10, Haus VII. Tel. 2 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 234034. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandspreis: Frei Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 32,3 Pf Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,50 DM (einschl. 27,6 Pf Mehrwertsteuer). Postbezug 6,50 DM (einschl. 33,9 Pf Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postvertriebsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Liefermonats zahlbar. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 3264, Anz. Hamburg 14200.

Telefon 34 91 91

Jetzt müssen Sie Ihr Kind winterfest machen!

In den naßkalten Vorwintertagen sind Kinder besonders infektionsgefährdet. Als fürsorgliche Mutter sollten Sie deshalb frühzeitig vorbeugen. Damit die Winterfreuden Ihres Kindes von keiner Erkältung getrübt werden.

Mit Sanostol schützen Sie Ihr Kind vor den Gefahren der kalten Jahreszeit und stärken seine Widerstandskraft gegen Infektionen. Denn Sanostol enthält lebenswichtige Aufbauvitamine. Zwei bis drei Teelöffel Sanostol genügen, um Ihr Kind winterfest zu machen (den größeren können Sie Sanostol auch als Dragee mit in die Schule geben). Ob geschluckt oder gelutscht: Sanostol mögen alle Kinder gern, denn es schmeckt wunderbar nach reifen Orangen.

Darum jetzt Sanostol® mit den Aufbauvitaminen A, D_3, B_1 und C.

Sanostol gibt es als Saft schon ab DM 3,95. Haben Sie mehrere Kinder, ist die große Flasche zu DM 9,20 besonders günstig, denn Sie sparen DM 2,65.

Sanostol nach reifen Orangen macht Kinder kräftig